

Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 01. September 2011

Antrags-Nr. 11-F-07-0009

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -

Brutale Straftaten von Jugendlichen auch in Wiesbaden nehmen zu, dazu kommen Tatbestände von Vandalismus. Das Betreten bestimmter Stellen in Wiesbaden in der Nachtzeit gilt als riskant. Vielfach sind nicht nur Jugendliche Täter, sondern eben auch Opfer von Aggressionen. Der renommierte Schweizer Kriminologe Professor Martin Killias macht für die bedenkliche Entwicklung einen zu weit getriebenen Liberalismus und die Schaffung von Gelegenheiten für Gesetzesübertretungen verantwortlich. Die Möglichkeiten, anonym Gewalt auszuüben, müßten systematisch genommen werden, dazu gehöre eine konsequente Anwendung der Jugendschutzgesetze.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen, wie er die Problematik anzugehen gedenkt und dabei zu folgenden Punkten konkrete Angaben zu machen:

1. Wie wird in Wiesbaden die Jugendschutzgesetzgebung bezüglich des Besuchs von Gaststätten und Tanzveranstaltungen durchgesetzt? Gibt es regelmäßige Kontrollen, z.B. im Schlachthof und im Tattersall und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Gibt es Überprüfungen in den Nightliner-Bussen?
2. Was für Maßnahmen will der Magistrat ergreifen, um zu verhindern, daß sich an bestimmten Stellen in der Stadt Jugendliche versammeln, aggressiv auftreten, Alkohol trinken, privates oder öffentliches Gut zerstören und Müll hinterlassen?
3. Hält der Magistrat es für denkbar, in Wiesbaden zur besseren gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen und zur Verhinderung von Straftaten eine enge Kooperation von Schule, Jugend- und Sozialarbeit, Polizei und Richterschaft zustande zu bringen, wie sie die Berliner Richterin Kirsten Heisig in ihrem Buch „Ende der Geduld“ vorschlägt?

Beschluss Nr. 0278

Der Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 betr.

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Diskussion mit Vertretern/innen von Polizei, AG Jaguar, Gericht und Bezirkssozialdienst seine Erledigung gefunden.

(antragsgemäß Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration 23.08.2011
BP 0049)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2011
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .08.2011
im Auftrag

Dezernat VII
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Zieren-Hesse